

# Kaum ein Arzt im Bezirk nimmt Abbrüche vor

BZ  
4.10.19  
Titel

**SCHWANGERSCHAFT** Behörde kennt 41 Arztpraxen in Hamburg

Von Anne K. Strickstroek

Bergedorf. Es scheint ein bisschen verhext mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Wer eine Schwangerschaft abbrechen will, hat in Bergedorf wenig Chancen: Hamburgs Gesundheitsbehörde liegt eine Liste mit Ärzten vor, die in den eigenen Praxen einen Abbruch (ohne medizinische Notwendigkeit) durchführen. Unter den 41 Namen findet sich nur ein einziger aus Bergedorf – und der Mann ist seit zwei Jahren im Ruhestand: Inzwischen hat Roxana Anghel die Praxis von Dr. Jürgen Kröger am Grachtenplatz 9 übernommen: „Wir sind wohl die einzigen im Bezirk, die operative Eingriffe machen. Manchmal sind es zwei bis drei, im Durchschnitt aber nur einer pro Woche“, sagt Kathrin Ax. Die Vorzimmerdame ergänzt: „Bei Bedarf kommt einmal wöchentlich eine Anästhesistin.“

Was nach Paragraph 218 a zwar gesetzeswidrig, aber nach vorheriger Beratung bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei ist, bleibt schwierig: „Wir machen das nicht. Dann müssten wir ja für einen festen Tag einen Narkose-



Information ist vor einem Abbruch gesetzlich vorgeschrieben.

arzt buchen“, sagt etwa Dr. Annette Klöpffer vom „Gynäkologikum Bergedorf“. Dort steht die Prävention im Vordergrund: „Wir klären ganze Schulklassen über Verhütung auf und erklären, dass bis zum 23. Geburtstag die Krankenkasse die Pille samt Beratung bezahlt.“

Erst kürzlich gab es ein Gespräch über den verantwortungsvollen Umgang mit Menschenleben, erzählt die Frauenärztin: „Da kam eine 18-jährige Muslima. Vollverschleiert und schwanger. Sie hatte gegen die Glaubensregeln verstoßen und meinte, ihr Vater

würde sie umbringen.“ Es sei ein „interkultureller Spagat“, bestätigt Dr. Klöpffer, aber letztlich „beraten wir immer für die Schwangerschaft; die Patientin könnte ihren Freund ja heiraten“.

Nicht zuletzt gebe es ja eine Abtreibungspille: „Bei der ersten Tablette kommt die Schwangerschaft zum Stillstand, nach der zweiten blutet die Patientin ab“, erklärt die Fachfrau – und verweist auf ausführliche Beratungen bei Pro Familia (donnerstags 15-18 Uhr am Friedrich-Frank-Bogen 31). „Ja, wir machen das medikamentös“, heißt es zum Beispiel in der Praxis Heinenberg/Bolli-Trostdorf am Fleetplatz in Neuallermöhe.

Abbrüche sind generell meldepflichtig. Auf Nachfrage der Grünen in der Bürgerschaft vermeldet der Senat insgesamt 3779 Schwangerschaftsabbrüche für das Jahr 2018 (im Vorjahr: 3826). Die meisten wurden in gynäkologischen Praxen durchgeführt, nur 408 in Krankenhäusern. In sieben Kliniken, darunter dem Bergedorfer Bethesda-Krankenhaus, seien stationär Abbrüche durchgeführt worden. „Das ist aber eher selten“, sagt der Chef der Frauenklinik. ▶ Seite 11

Fortsetzung nächste Seite

B2 4.10.19

SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE

# „Wir sind unseren Patienten verpflichtet“

Fortsetzung von Seite 1

Bergedorf. Schwangerschaftsabbrüche sind im Bethesda eher selten, sagt der Chef der dortigen Frauenklinik: „Bei uns sind es vielleicht vier bis fünf im Monat. Die Frauen kommen meist, wenn die Zeit drängt“, sagt Dr. Martin Neuß, der seit vier Jahren die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe leitet. Seine Erklärung: Bis zur neunten Woche ist die Abtreibungspille erlaubt, könne aber nicht von Krankenhäusern abgerechnet werden. Anschließend, bis zur 14. Woche nach dem Zyklus, sei noch ein operativer Eingriff möglich. „Wir rechnen streng nach und vermessen den Fötus, denn alles andere wäre ille-

gal“, berichtet Dr. Neuß.

Der Mediziner betont, dass „es das Recht einer jeden Frau ist, ihre private Entscheidung zu treffen“. Er erinnert daran, dass hierzulande noch vor 50 Jahren Frauen nach (nicht fachgerechten) Abtreibungen gestorben sind. „In armen Ländern der Welt gehen sie noch heute daran zugrunde“. Zum Glück gebe es in Deutschland viel Unterstützung, etwa Hilfen von Jugendamt und Frauenhaus, zuletzt auch noch die Babyklappe.

„Die Frauen wurden vorab ausführlich beraten, wir haben darüber nicht zu entscheiden“, sagt Dr. Neuß – und meldet lediglich die jährliche Gesamtzahl der Abtreibungen,

ist ihm wichtig. Das gelte übrigens auch für sein Team: „Es wird niemand zur Mitarbeit gezwungen, der eine Abtreibung ablehnt.“ Zugleich habe er Verständnis für die niedergelassenen Frauenärzte, die sich nicht öffentlich zu Abtreibungen bekennen: Die so genannten „Lebensschützer“ könnten sehr aufdringlich sein. Tatsächlich, so antwortet der Senat auf eine Anfrage der Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft, hätten sechs praktizierende Ärzte die Veröffentlichung ihrer Namen abgelehnt. Massive Kritik an Ärzten und Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sind bis heute noch nicht überwunden. **stri**

denn: „In erster Linie sind wir gegenüber unseren Patienten verpflichtet, nicht dem Senat.“ Die Entscheidungsfreiheit

ANZEIGE

**45**  
**JAHRE**  
**SERVICE**  
**Wir feiern!**

**KNUTZEN**  
www.knutzen.de